

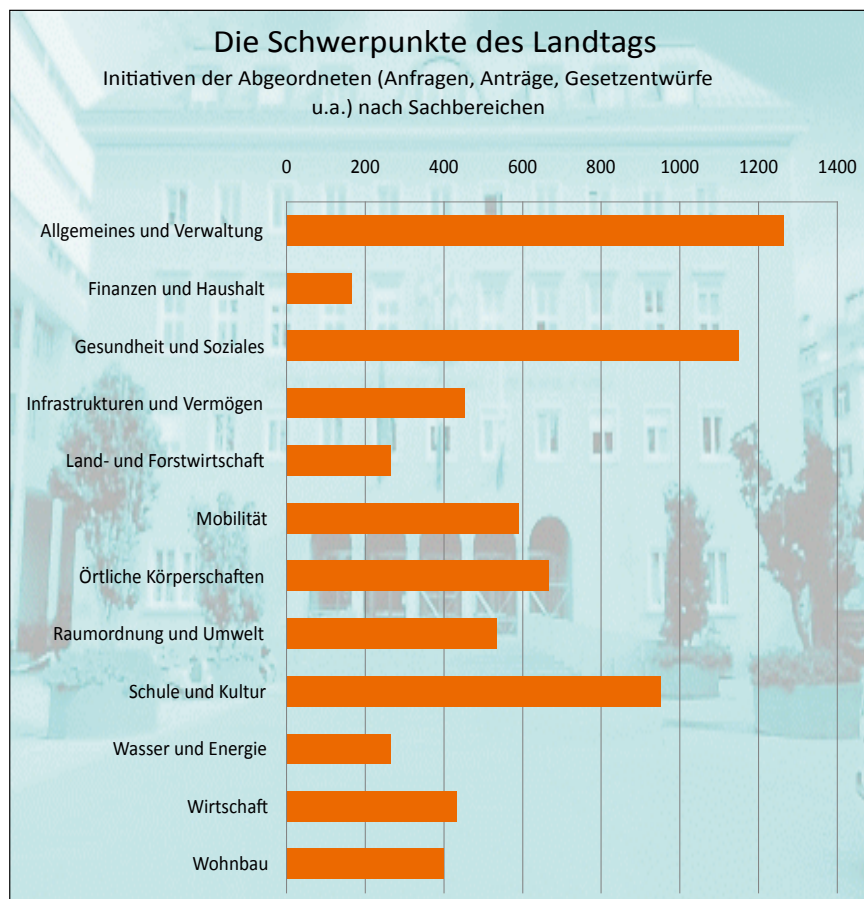


# Arbeitsbilanz des Landtags

Mehr Gesetze, mehr Tempo, mehr Transparenz – und eine Reihe von gewollten und ungewollten Rücktritten. Eine Bilanz der XIV. Legislaturperiode.

Wer in den letzten Jahren öfters auf der Zuschauertribüne gesessen und dem Landtag beim Arbeiten zugeschaut hat, dürfte eine Veränderung bemerkt haben. Kein stundenlanges Verlesen von Berichten und Artikeln, und das Aufheben und Zählen der Hände, das sich oft einen ganzen Tag und mehr wiederholte, ist entfallen. Zügigeres Arbeiten und weniger rituelle Handlungen – dies ist das Ergebnis einer Reform der Geschäftsordnung, die nicht ohne Reibungen über die Bühne ging, die aber dem Landesparlament mehr Tempo beschert hat, nicht zuletzt mit der Einführung der elektronischen Abstimmung.

In der XIV. Legislaturperiode, die mit dem Wahltag am 27. Oktober endete, hat der Landtag 85 Landesgesetze verabschiedet, mehr als in den zwei Wahlperioden davor. Darunter war auch ein „harter Brocken“ wie die Ortsnamensfrage, die zuvor immer an der Obstruktion gescheitert war. Die neue Geschäftsordnung hat die Möglichkeit der Obstruktion stark eingeschränkt, indem z.B. „Telefonbucheinträge“ untersagt wurden, mit denen ein einziger Abgeordneter ein Gesetz verhindern konnte. Ein lange vertagtes Vorhaben war auch ein eigenes Südtiroler Wahlgesetz – bisher galt jenes der Region –, das nunmehr eine Frauenquote, die Briefwahl und eine Beschränkung der Wahlkampfkosten vorsieht. Teilt man die über 7.000 Initiativen der Abgeordneten – Anfragen, An-



träge, Gesetzentwürfe u.a. – grob in Sachbereiche ein, kann man auch erkennen, womit sich der Landtag inhaltlich beschäftigt hat (siehe Grafik). Das Hauptinteresse lag auf dem Bereich „Allgemeines und Verwaltung“, der nicht nur die Landesverwaltung als solche, sondern auch die Landesregierung, den Landtag selbst sowie Fragen der Autonomie betrifft. An zweiter Stelle folgt „Gesundheit und Soziales“, dann „Schule und Kultur“. Der Landtag wurde in den vergangenen fünf Jahren nicht nur schneller, sondern auch transparenter: Die Landtagssitzungen können nun live im Internet verfolgt werden, und die einzelnen Redebeiträge der Abgeordneten sind auch nachträglich im Videoarchiv leicht auffindbar.

Die XIV. Legislaturperiode war schließlich auch gekennzeichnet durch personelle Veränderungen, die zum Großteil für Aufsehen sorgten. Sieben Gewählte schieden vorzeitig aus ihrem Amt: zwei wegen eines Mandats in Rom (Michaela Biancofiore, Hans Berger), drei durch Mandatsverfall mangels Wählbarkeit (Barbara Repetto, Christian Egartner, Dieter Steger), einer durch Rücktritt wegen gerichtlicher Ermittlungen (Michl Laimer) und einer schließlich durch allzu frühen Tod (Seppel Lamprecht). Ein umfassender Bericht zur Legislaturperiode wird in den kommenden Tagen vorgestellt und steht dann auch zum Download auf der Internetseite des Landtags ([www.landtag-bz.org](http://www.landtag-bz.org)) bereit. ■

# Der Hl. Franziskus in Bozen

Die Spuren des Heiligen in den verschiedenen Regionen Italiens wurden in Assisi zusammengetragen.

Auch der Südtiroler Landtag hat seinen Beitrag zur Ausstellung geleistet, die von der Konferenz der Regionalratspräsidenten Italiens in Assisi organisiert wurde. Jede Region war eingeladen, die Spuren, die Franziskus auf ihrem Territorium hinterlassen hat, zu

präsentieren. Der Südtiroler Landtag erzählte anhand eines Bildes die Geschichte von der Glocke der Erhardskapelle im Bozner Franziskanerkloster: Mit dieser soll der junge Franziskus, der seinen Vater zu den Bozner Märkten begleitete, die Gläubigen zur Messe gerufen haben.

Einer der Besucher in der Pinaothek von Assisi war Senatspräsident Pietro Grasso, dem Landtagspräsident **Maurizio Vezzali** das Bozner Exponat vorstellen konnte. ■

Vezzali mit Senatspräsident Grasso (Bildmitte) vor der Südtiroler Schautafel



## EU-Standards für die Landtage

Unterberger bei der Konferenz der österreichischen Präsidentenkonferenz

Bei der diesjährigen Konferenz der Österreichischen Landtagspräsidenten – zu der regelmäßig auch Südtirol eingeladen wird, diesmal vertreten durch Landtagsvizepräsidentin Julia Unterberger – wurden auch Themen angesprochen, die für andere Landesparlamente von Interesse sind. So ging es diesmal zum Beispiel um die Standards, die das EU-Parlament demnächst den

Landesparlamenten vorgeben will, etwa einheitliche Kriterien für die Haushaltserstellung, damit die Haushalte vergleichbar werden. Weitere Themen waren die Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente, ein eigener Budgetdienst für die Landtage, die Bestimmungen zu Unvereinbarkeit und Transparenz

und die Beteiligung an der Calre, der europäischen Konferenz der Landesparlamente mit Gesetzgebungsfunktion. Deutschland und Österreich erwägen einen Austritt aus dieser Organisation bzw. eine gemeinsame Vertretung der Landesregierungen und –parlamente in Brüssel. ■

Unterberger mit den österreichischen Landtagspräsidenten



## Haushalt und Transparenz

Pflicht zur Offenlegung von Vermögen und Wahlkampfausgaben

Der Landtag hat noch im September eine Berichtigung zu seinem laufenden Haushalt – mit Einnahmen und Ausgaben von 9,5 Mio. Euro – vorgenommen und für

das Jahr 2014 einen provisorischen Haushalt von 8,7 Mio. genehmigt. Dieser enthält nur die Pflichtausgaben, denn die Weichenstellung soll vom nächsten Landtagspräsidium vorgenommen werden.

Die Geschäftsordnung wurde an die Vorgaben des neuen Wahlgesetzes angepasst. Demnach erfolgt die Wahl des Landeshauptmanns nach einer

Regierungserklärung und nach der Bekanntgabe der Regierungsmannschaft und der jeweiligen Zuständigkeitsbereiche. Schließlich wurde eine Ordnung zur Offenlegung von Vermögen und Wahlkampfausgaben verabschiedet, die unter anderem vorsieht, dass auch Treuhandbeteiligungen und der Besitz von Staatsanleihen anzugeben sind. ■

# Altlasten und Neuausrichtung

Die Abschlussdebatte  
zum SEL-  
Untersuchungsausschuss

Die Debatte über den Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses zu den Kraftwerkskonzessionen und zur Energiepolitik war der Hauptpunkt der letzten Landtagssitzung der vergangenen Legislaturperiode.

**Thomas Egger** (Wir Südtiroler) ging in seinem Minderheitenbericht vor allem auf das Mittel der Treuhandgesellschaften ein. Laut Staatsanwaltschaft hätten sich Verwalter der SEL und ihre Freunde über Strohfirmer ein einträgliches Geschäft verschafft. Landesrat Laimer habe sicher gewusst, wer hinter der „Stein am Stein“ steckte. Die Unschuldsbehauptung von Landeshauptmann Durnwalder, er habe davon nichts gewusst, sei zumindest in Zweifel zu ziehen. Treuhandgesellschaften seien auch bei Beteiligungen von SEL-Direktor Rainer im Spiel gewesen.

Der SEL-Skandal sei der größte Skandal in der politischen Geschichte Südtirols, urteilte **Riccardo Dello Sbarba** (Grüne) in seinem Minderheitenbericht. Es sei bei der Konzessionsvergabe geschwindelt worden, aber nicht im Interesse der öffentlichen Hand, wie von Laimer behauptet, sondern der Landesgesellschaft SEL zum Schaden von Gemeinden und Privaten. Er bezweifelte, dass der Landeshauptmann von all dem nichts gewusst habe, und forderte eine Kehrtwende: Das Land solle für die Vergabe zuständig sein, die Gemeinden für die Produktion und, eventuell in Zusammenarbeit mit Genossenschaften, für die Verteilung.

Man habe ein Energiemonopol zum Schaden der Bürger und Gemeinden geschaffen und weder niedrigere Strompreise noch höhere Steuereinnahmen erreicht, urteilte **Andreas Pöder** (BürgerUnion) in seinem Minderheitenbericht. Die Verantwortung liege nicht nur bei

den gerichtsbekanntenen Personen, sondern sei auch in der Landesregierung und in der SVP-Fraktion zu suchen. Nun müsse man eine Übereinkunft zwischen allen öffentlichen und privaten Akteuren finden, um die Energie als Allgemeingut zu erhalten. Vor allem aber dürften die Entscheidungen nicht mehr hinter verschlossenen Türen fallen.

**Elena Artioli** (Team Autonomie), Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, bedauerte, dass die Mehrheit keinen gemeinsamen Abschlussbericht mitgetragen habe.

diese Gesellschaften ein Vorteil gewesen sei. **Sven Knoll** (Süd-Tiroler Freiheit) kritisierte SVP und Landesregierung, die sich immer gegen Aufklärung gestäubt hätten, die Abgeordneten hätten sich ihr Recht auf Information vor Gericht erstreiten müssen. **Roland Tinkhauser** (F) warnte vor einer Dachgesellschaft mit SEL und Stadtwerken als Ausweg, dadurch würde man erfolgreiche Stadtbetriebe mit einer Missgeburt verheiraten und ihnen einen Anteil an den Schulden auflasten.

Debatte zur Energiepolitik:  
Schuldzuweisungen und  
Forderung nach Neuorientierung



In der Causa SEL habe es an Transparenz gefehlt, eine Kehrtwende sei nur möglich, wenn man auf Kompetenz statt auf Parteibuch setze und ein echtes Einvernehmen unter allen Akteuren suche. **Pius Leitner** (Freiheitliche) kritisierte die Vertuschungsversuche der Landesregierung, die so tue, als sei nun bei der SEL alles neu. Wenn die Schadenersatzforderungen von 1,5 Mrd. Euro eingeklagt würden, dann werde es finster.

**Hans Heiss** (Grüne) bezeichnete die Vorfälle als autonomiepolitisches Desaster, das Land habe sich auf Kosten anderer öffentlicher Körperschaften durchsetzen wollen. Die Verträge mit Edison und Enel zeigten, dass es vor allem für

**Elmar Pichler Rolle** (SVP) bezeichnete es als erwartungsgemäß, dass die Minderheitenberichte wenige Wochen vor der Wahl lauter Seitenhiebe gegen die SVP enthielten. Er habe aber in den Arbeiten des Ausschusses einen Konsens gesehen, eine Neuausschreibung der Konzessionen zu vermeiden.

Landesrat **Florian Mussner** betonte, dass die Landesregierung seit Monaten mit allen Beteiligten an einer Lösung arbeite. Dabei gehe es auch um Energieautarkie, gute Arbeitsplätze, günstigere Strompreise und eine ökologische Vorreiterrolle. Dies alles sollte im Verbund mit den Gemeinden geschehen, wobei auch private Minderheitsbeteiligungen denkbar seien. ■

# Eigene Kontrollen

Grüne: Gemeinden in Kampf gegen Steuerhinterziehung einbeziehen

Südtirol ist gegen die Steuerhinterziehung nicht immun, stellen die Grünen fest und forderten in der letzten Landtagssitzung der vergangenen Legislaturperiode ein Rahmenabkommen mit der Agentur für Einnahmen, damit die Gemeinden bei der Kontrolle mitwirken können. Bisher habe man die "schmutzige Arbeit" dem Finanzamt überlassen, weil das Land als Geldgeber dastehen wolle, meinte **Riccardo Dello Sbarba**.

In Südtirol gebe es viel mehr Steuerkontrollen als in anderen Regionen, meinten hingegen **Roland**

**Tinkhauser** und **Pius Leitner** (Freiheitliche). **Eva Klotz** (Südtiroler Freiheit) meinte, in Italien gebe es weder Steuergerechtigkeit noch Steuermoral, aber die italienische Steuergesetzgebung mache es den Bürgern auch unmöglich, mit dem Gesetz im Reinen zu sein.

Landesrat **Roberto Bizzo** wies darauf hin, dass Vereinbarungen zwischen Gemeinden und Finanzamt bereits möglich seien. Diese würden aber nichts erbringen, da eine Grundvoraussetzung fehle: Die entsprechende staatliche Durchführungsbestimmung, die das Land der Regierung vorgelegt habe, die aber erst noch genehmigt werden müsse.

Der Antrag wurde mit 3 Ja, 21 Nein bei 5 Enthaltungen abgelehnt. ■



# Senioren

La Destra: Teilnahme am öffentlichen Leben fördern

**Mauro Minniti** (La Destra) forderte die Unterstützung von Maßnahmen, um die aktive Teilnahme der Senioren am öffentlichen Leben zu fördern. Dazu gehört die Förderung von Seniorenvereinen, von Freizeit- und Bildungszentren, die vorwiegend auf Senioren ausgerichtet sind, die Unterstützung von Senioren, die Dienste an der Allgemeinheit ergänzen (z.B. Schülerlotsen, Spielplatzaufsicht u.a.) Auch Menschen, die im Ruhestand sind, könnten und wollten für die Gesellschaft noch nützlich sein, meinte Minniti.

Minnitis Vorschlag fand in der Debatte keine Unterstützer. **Eva Klotz** (STF) und **Ulli Mair** (F) verwiesen auf die rege Privatinitiative, in die sich die öffentliche Hand nicht einmischen sollte. **Thomas Egger** (WS) meinte, die Senioren hätten andere Probleme als die Freizeitbeschäftigung, **Maria Hochgruber Kuenzer** und **Otto von Dellemann** (SVP) meinten, es gebe derzeit sehr viele Initiativen von und für Senioren und auch öffentliche Unterstützung dafür.

Auch Landesrat **Richard Theiner** sprach sich gegen den Antrag aus: ein Großteil der Forderungen sei bereits oder werde in Kürze erfüllt. ■

# Kindergeld

BürgerUnion fordert Angleichung an Betreuungsplatzkosten

Der direkte Beitrag an die Familien sollte gleich hoch sein wie die Kosten eines Betreuungsplatzes, meinte **Andreas Pöder** und forderte eine Erhöhung auf 800 Euro monatlich.

Landesrat **Richard Theiner** war damit nicht einverstanden: Ein Betreuungsplatz koste derzeit 343 Euro, Pöders Forderung würde Mehrausgaben von 57 Mio. bedeuten. ■

# Kein Zuschlag

Freiheitliche: Irpef-Zuschlag abschaffen

Auf die Steuerhoheit werde man noch lange warten müssen, den Irpef-Zuschlag könne man sofort abschaffen, meinte **Pius Leitner**.

Gegen eine Abschaffung ohne Berücksichtigung des Einkommens sprachen sich **Hans Heiss** (Grüne) und **Andreas Pöder** (BürgerUnion) aus. **Thomas Egger** (Wir Südtiroler) kritisierte die weitgehende

Befreiung der Bauern von der Steuer, während **Maria Hochgruber Kuenzer** (SVP) auf die reguläre Besteuerung der Nebenerwerbsbetriebe verwies, und **Sven Knoll** (Südtiroler Freiheit) erinnerte an die geringere Steuerbelastung in Tirol. Finanzlandesrat **Roberto Bizzo** meinte, bevor man an weitere Senkungen denke, müsse man sehen, ob diese Mindereinnahmen auch gedeckt seien. Der Antrag wurde mit 13 Ja und 16 Nein abgelehnt. ■

# Die Namen der Hütten

Landtag stimmt  
zwei Forderungen  
der Süd-Tiroler Freiheit  
zu den Schutzhütten zu

Die Süd-Tiroler Freiheit wollte die Landesregierung verpflichten, sich weiter um die Übergabe des Schlernhauses zu bemühen, Sorge zu tragen, dass die Neugersdorferhütte nicht weiter illegal von der Finanzwache besetzt wird, dass die Schutzhütten, die ans Land übergegangen sind, nur mehr den historischen Namen tragen, dass die Verpflichtung zum Hissen der Trikolore gestrichen wird und dass auch die übrigen enteigneten Schutzhütten ans Land übertragen werden, wie **Sven Knoll** ausführte. **Alessandro Urzi** (Alto Adige nel cuore) sah in Knolls Äußerungen Anzeichen einer Besessenheit. Sie führe ihren Freiheitskampf nicht mit Besessenheit, sondern mit Freude, erwiderte **Eva Klotz** (STF).



Mit dem Grundanliegen sei er einverstanden, erklärte Landeshauptmann **Luis Durnwalder**. Aber es habe keinen Sinn, in dieser Phase zu provozieren, während gerade die Verhandlungen zu den Schutzhütten geführt würden. Die Neugersdorfer Hütte sei Eigentum des Landes, aber dazu sei noch ein Streit anhängig, deshalb habe man noch nicht die Zwangsräumung durchgeführt. Über den Namen der Hütten entscheide der Eigentümer,

d.h. in diesen Fällen das Land, das sich allerdings an die Zweisprachigkeitsbestimmungen und an die Regelung zu den Namen halten müsse. Eine Trikolorepflicht gebe es keine, dies sei Sache des Eigentümers.

Über die einzelnen Forderungen des Antrags wurde getrennt abgestimmt. Genehmigt wurden zwei von fünf Punkten: jene zu den Namen der Schutzhütten und zur Trikolorepflicht. ■

## KH Innichen

WS: Geburtshilfe  
soll bleiben

**Thomas Egger** (Wir Südtiroler) forderte die Beibehaltung der Abteilung Gynäkologie und Geburtshilfe im Krankenhaus Innichen. Es sei nicht sinnvoll, einen funktionierenden Dienst zu schließen, nur weil er die geforderte Geburtenzahl von 300 knapp unterschreite.

Egger erhielt für seine Forderung Unterstützung von **Eva Klotz** und **Sven Knoll** (STF), **Pius Leitner** (F), **Hans Heiss** (Grüne) und **Andreas Pöder** (BU).

Landesrat **Richard Theiner** betonte, dass man alle sieben Krankenhäuser erhalten wolle, man könne aber nicht überall alles anbieten. Aber durch Kooperation können die Dienste auch ausgebaut werden. Der Antrag wurde abgelehnt. ■

## Bibliothek

Alto Adige nel cuore:  
Pascoli-Schule erhalten

Er sei für eine neue sprachgruppenübergreifende Bibliothek, aber dafür dürfe man nicht ein historisches Gebäude opfern, erklärte **Alessandro Urzi**.

**Sven Knoll** (STF) warf Urzi vor, nur ein weiteres faschistisches Gebäude erhalten zu wollen. Nicht alle Bauten des Rationalismus seien erhaltenswert. Dem stimmte auch **Hans Heiss** (Grüne) zu. Der Nutzen der neuen Zweckbestimmung würde in diesem Fall überwiegen.

Die gemeinsame Bibliothek führe die Sprachgruppen zusammen und mache Bozen zu einem Zentrum der Kultur, meinte Landesrat **Florian Mussner**. Die Genehmigung sei bereits erteilt, nun könne mit den Arbeiten begonnen werden. ■

## Sozialhilfe

Team Autonomie:  
Einheimische bevorzugen

Wenn die Decke zu kurz sei, müsse man zuerst auf jene schauen, die die Decke bezahlt hätten, außerdem müsse man Sozialtourismus verhindern, erklärte **Elena Artioli**. Sie nannte als Beispiel den Notstandsfonds der Gemeinden, mit dem vor allem Einwanderer unterstützt würden, da sie einen höheren Bedürftigkeitsgrad hätten. Arbeitslose Einwanderer seien keine Bereicherung für das Land.

Bei Sozialleistungen für Ausländer müsse man einen schwierigen Spagat zwischen EU- und staatlichen Normen schaffen, erklärte Landesrat **Richard Theiner**. Das Land habe Einschränkungen versucht, müsse sich aber letztlich an die Vorgaben halten. ■

Nicolussi-Leck mit den Teilnehmern an der Schreibwerkstatt



# Schutz im Netzwerk

Eine Schreibwerkstatt der Kinder- und Jugendanwaltschaft

Unter dem Titel „Recht auf Schutz und Information – Social Networking“ wurde im AVS-Haus am Dürrensee ein zweitägiger Workshop für 13-jährige Jugendliche veranstaltet. Kinder und Jugendliche haben ein

Recht auf Information, aber genauso auch ein Recht auf Schutz.

Aus diesem Grund hat die Kinder- und Jugendanwaltschaft diese Schreibwerkstatt mit dem Schwerpunkt Neue Medien und soziale Netzwerke angeboten: Freundschaften im Netz, anonym gepostete Fotos, korrekter Umgang im World Wide Web, aber auch Spielsucht und Angst vor Abhängigkeit. ■

## Abgeordnete fragen / Landesräte antworten

### SEL und Werbung

**Pius Leitner** wollte wissen, wie viel die SEL AG im ersten Halbjahr für Werbung ausgegeben hat. Die SEL und ihre Töchter hätten in diesem Zeitraum 179.000 Euro für Werbung ausgegeben, antwortete Landesrat **Florian Mussner**.

### Mietbeitrag

Mit Bezug auf den vereinheitlichten Mietbeitrag, fragte **Riccardo Dello Sbarba**, wie viele Mieter nun durch den Rost gefallen seien.

Das neue System sehe höhere Einkommensgrenzen vor, daher gebe es keine Verschlechterung, sondern höhere Beiträge für niedrigere Einkommen, betonte Landesrat **Richard Theiner**. Innerhalb Juli 2013 hätten 6.272 Personen den Beitrag in Anspruch genommen, im Vorjahr seien es nur rund 4.700 gewesen.

### Hagelversicherung

**Thomas Egger** fragte nach dem Anteil des öffentlichen Beitrags zur Hagelversicherung und ob auch anderen Berufsgruppen das Unternehmerrisiko abgenommen werde. Das Land und die EU zahlten nur in Ausnahmefällen 80 Prozent, erklärte Landeshauptmann **Luis Durnwalder**. Auch andere Wirtschaftszweige könnten Beiträge bekommen, wenn der Ausfall auf höhere Gewalt zurückgehe.

### Uran im Wasser

**Alessandro Urzi** verwies auf den hohen Urangehalt im Trinkwasser einiger Gemeinden und fragte, was die Landesregierung unternehme.

Bei den allermeisten Leitungen liege die Belastung unterhalb des Leitwerts der WHO, erklärte Landesrat **Richard Theiner**. In den wenigen Gemeinden, in denen der Urangehalt höher sei, arbeite man derzeit an Lösungen.

### MEMC-Schließung?

Mit Bezug auf Berichte, wonach die MEMC schließen oder ihren Betrieb in Sinich auflassen wolle, fragte **Mauro Minniti**, ob das Land im Gegenzug für seine Unterstützung auch Garantien für die Beschäftigung gefordert hat. Die MEMC wolle nur eine Minderheitsbeteiligung abgeben, antwortete Landesrat **Roberto Bizzo** und erinnerte an die Maßnahmen der Landesregierung zur Erhaltung der Arbeitsplätze.

### Ortsnamen

Einige Gemeinden, wie Olang und Gais, würden von sich aus wieder tolomeische Namen auf den Schildern anbringen stellte **Eva Klotz** fest und fragte, ob es dazu eine Anordnung gibt. Die Ortschaft Gassl sei erst jetzt

als geschlossene Ortschaft ausgewiesen worden, was eine Beschilderung notwendig machte, erklärte Landeshauptmann **Luis Durnwalder**. Die zuständige Gemeinde habe übrigens festgestellt, dass der Name „Casola“ auch früher verwendet wurde.

### Müllverbrennung

**Elena Artioli** fragte nach dem PM-10-Feinstaub im Bozner Müllverbrennungssofen. Sie zweifelte auch, ob die nötige Temperatur erreicht werde, wenn Plastik und Papier getrennt gesammelt werden.

Die festgestellten Werte würden weit unter den Grenzwerten der EU liegen, antwortete Landesrat **Florian Mussner**. Die Sammlung von Papier und Plastik sei bereits beim alten Verbrennungssofen vorgenommen worden.

### ESF-Beiträge

**Andreas Pöder** verwies auf die Aberkennung eines ESF-Beitrags an die Einaudi-Schule. Er fragte, ob es ähnliche Fälle gebe.

Im besagten Fall habe der Projektträger auf den Beitrag verzichtet, antwortete Landeshauptmann **Luis Durnwalder**. Bei der Prüfung der Rechnungen komme es spätestens ans Tageslicht, ob die Durchführung übertragen wurde. ■